

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:

## Aufbruch oder Abriss? Wohin geht die Reise?

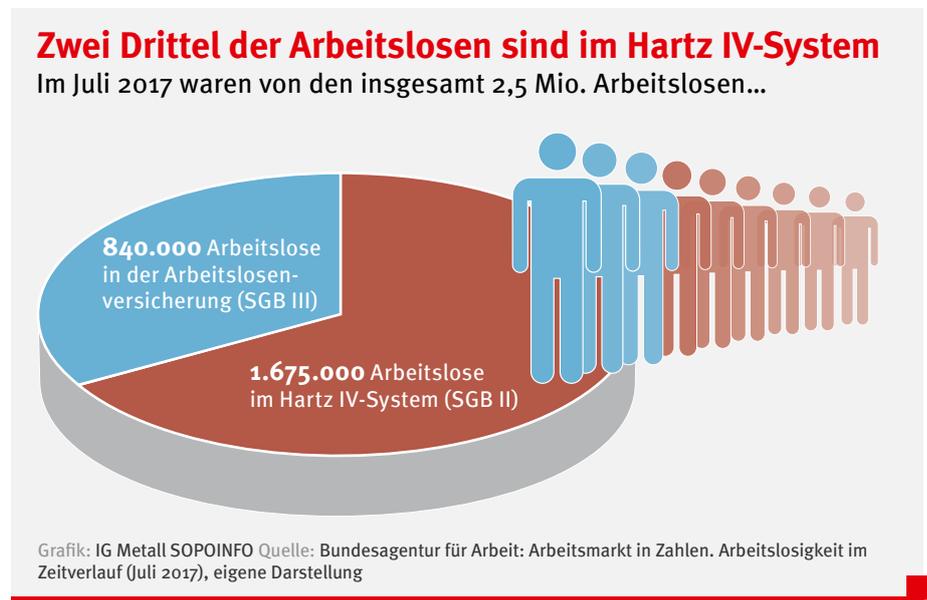
Gerade in Wahlkampfzeiten wird intensiv über die Ausrichtung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und über einzelne Reformprojekte diskutiert. Parteien stellen ihre Programme vor. Aber auch Presse, arbeitgebernahe Wissenschaft und Wirtschaftslobby mischen kräftig mit. Die IG Metall hat ihre Erwartungen an die zukünftige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik klar formuliert: Rückkehr zur Parität in der Krankenversicherung, Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus, gute und sichere Arbeit für alle und eine verbesserte Absicherung bei Arbeitslosigkeit.

Die sozialpolitische Bilanz der letzten vier Jahre ist gemischt. Mit Reformen wie der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oder der Rente ab 63 für besonders langjährig Versicherte sind Schritte in die richtige Richtung unternommen worden; ein grundlegender arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Kurswechsel blieb jedoch aus. Dabei ist dieser dringend geboten! Denn die Risiken, gegen die der Sozialstaat absichern soll, stehen in einem immer stärkeren Missverhältnis zu seinen Leistungen: Atypische Beschäftigung weitet sich zwar langsamer, aber noch immer aus, der Schutz bei Arbeitslosigkeit bleibt unzureichend, die Gefahr eines Absturzes des Lebensstandards im Alter oder gar in die Altersarmut ist nicht gebannt, und bei der Finanzierung des Gesundheitssystems gibt es weiterhin eine Schieflage zu Lasten der Versicherten.

Die IG Metall tritt daher für eine offensive und solidarische Reformpolitik ein. ‚Soziale Sicherheit - fair finanziert!‘ lautet die Leitlinie.

### Politikfeld Arbeitsmarkt

Die Einschätzungen über die Zukunft der Arbeit fallen in wissenschaftlichen Prognosen und bei den Parteien durchaus unterschiedlich aus. Ge-



meinsam ist aber allen, dass man im Kontext von Globalisierung, Ökologie und Digitalisierung von tief greifenden Veränderungen für die Arbeitswelt ausgeht. Offen ist dabei, ob dieser Wandel so gestaltet wird, dass neue Impulse für gute Arbeit und sichere Perspektiven, oder aber mehr prekäre Arbeit und soziale Unsicherheit entstehen. Diese Frage ist auch angesichts der in den vergangenen Jahren erfolgten Zunahme atypischer Beschäftigung, der Ausweitung des Niedriglohnsektors und des Abbaus von Leistungen und (Schutz-) Rechten für Arbeitslose relevant.

Die IG Metall plädiert für eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpoli-

tik, bei der die Aspekte Qualität, Prävention und Schutz das Leitmotiv bilden. Dabei geht es zum einen um eine Neuordnung am Arbeitsmarkt. Von der IG Metall gefordert werden insbesondere die Abschaffung sachgrundloser Befristungen, weitere Maßnahmen bei der Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, die Abschaffung der Ausnahmen vom Mindestlohn und ein Ende der ‚Sackgasse Minijob‘.

Mit der SPD, der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen finden sich dabei durchaus Übereinstimmungen. So sprechen sich alle drei Parteien in ihren Programmen für eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung


[DOWNLOAD](#)

aus. Bei der Leiharbeit setzt die SPD vor allem auf eine Stärkung der Mitbestimmung des Betriebsrates, während die Grünen den gleichen Lohn plus eine Flexibilitätsprämie für Leiharbeiter und die Linke weiterhin die Abschaffung der Leiharbeit fordern. Dagegen stehen CDU/CSU und die FDP den Vorschlägen weitgehend ablehnend gegenüber. Die Union sieht keinen Änderungsbedarf. Die FDP will sogar die Regulierung von Leiharbeit wieder lockern und die Ausnahmen vom Mindestlohn ausweiten.

Zum anderen tritt die IG Metall für Reformen bei der Absicherung von Arbeitslosigkeit ein. Mittlerweile erhält nur noch etwa ein Drittel aller Arbeitslosen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, zwei Drittel befinden sich im Hartz IV-System.

Der Schutz durch die Arbeitslosenversicherung muss verbessert und ihre Reichweite ausgeweitet werden, um ein Abrutschen in Hartz IV einzudämmen. Die IG Metall fordert eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate und einen erleichterten Zugang zum Arbeitslosengeld, z. B. durch eine Ausweitung der Rahmenfrist auf drei Jahre.

Angesichts der wachsenden Bedeutung von Qualifikationen bedarf es zudem eines Ausbaus von Weiterbildung in der Arbeitsförderung, einer weiteren Relativierung des Vermittlungsvorrangs zugunsten von Qualifizierung und veränderten Zumutbarkeitsregeln, damit Qualifikationen erhalten und Arbeitslose nicht Lohndumping ausgesetzt werden. Auch die Forderung nach neu berechneten, bedarfsorientierten Hartz IV-Regelsätzen steht weiter auf der Tagesordnung.

Das Thema Qualifizierung wird in allen Parteiprogrammen aufgegriffen. Die FDP setzt dabei auf die individuelle Verantwortung. Die CDU/CSU will Handlungsbedarfe für die Politik immerhin prüfen. SPD, Linke und Grüne machen dagegen konkrete Vorschläge. Die SPD will etwa ein Recht auf Weiterbildung und ein ‚Arbeitslosengeld Q‘ etablieren, die Linke einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Beratung für Erwerbslose einführen, und auch die Grünen wollen die Weiterbildungsunterstützung verbessern. Ansätze für eine Reform der Zumutbarkeitsregelungen in Richtung Qualifikationsschutz finden sich bisher nur bei SPD und Linke. Die Relativierung des Vermittlungsvorrangs wird von keiner Partei aufgegriffen.

Im Hinblick auf einen verbesserten Versicherungsschutz sind die Forderungen ebenfalls sehr unterschiedlich. Bei CDU/CSU und FDP zeigt sich keine Bewegung. Demgegenüber finden sich bei SPD, Linke und Grünen einige Ansätze. Diese gehen in die Richtung, die Kriterien für den Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu erleichtern – etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist. Handlungsbedarf wird auch beim Hartz IV-Regelsatz gesehen. Während die SPD für eine Erhöhung des Freibetrages eintritt, fordert die Linke eine Mindestsicherung und die Grünen eine Regelsatz-Neuberechnung.

### Politikfeld Alterssicherung

Die Zukunft der Alterssicherung wird derzeit viel diskutiert. Hintergrund ist das sinkende Rentenniveau und die damit steigende Gefahr eines sozialen Abstiegs oder gar von Armut im Alter. Gerade für heute noch jüngere Beschäftigte ist dies eine reale Bedrohung. Vereinfacht ge-



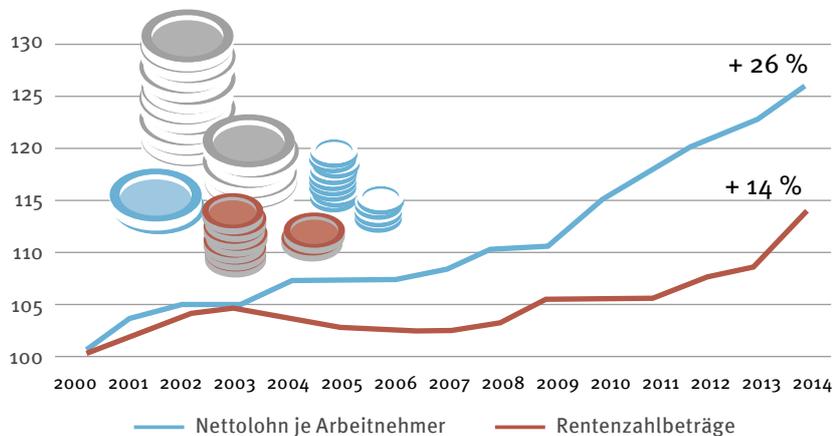
„Die Gerechtigkeitslücke ist keine Einbildung, sondern bittere Realität. Jetzt ist eine Politik der solidarischen Umverteilung angesagt: Gute Arbeit für alle, Lebensstandardsicherung im Alter und fair, weil paritätisch finanzierte Sozialsysteme!“

**HANS-JÜRGEN URBAN**  
geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied  
der IG Metall

sagt, beschreibt das Rentenniveau das Verhältnis einer Standardrente mit 45 Entgeltpunkten zum Durchschnittseinkommen. Ausgehend von einem Sicherungsniveau von etwa 53 Prozent (vor Steuern) vor rund 15 Jahren, liegt es in Folge rentenpolitischer Kürzungsreformen derzeit bei 48 Prozent - was bereits zu einer Abkoppelung der Renten von der Lohnentwicklung geführt hat (Grafik 2). Bis 2045 kann es nach aktuellen Prognosen sogar auf unter 42 Prozent abstürzen. Zugleich treten die Fürsprecher dieser Kürzungspolitik auf

## Gesetzliche Rente von Lohnentwicklung abgekoppelt

Seit dem Jahr 2000 ist das Rentenniveau um rund 5 Prozentpunkte gesunken, die Renten wurden von der Lohnentwicklung abgekoppelt. Stiegen die Nettolöhne von 2000 bis 2014 um 26 Prozent, betrug der Zuwachs bei den Renten lediglich 14 Prozent.



Grafik: IG Metall SOPOINFO Quelle: eigene Darstellung nach Böckler Impuls 1/2017, S. 5



DOWNLOAD

den Plan und fordern bisweilen sogar weitere Verschlechterungen, wie die Rente mit 70 oder später. So veröffentlichte das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) aus Köln soeben eine Modellsimulation, bei dem das gesetzliche Rentenalter schneller als vorgesehen auf 67 steigt und dann noch weiter erhöht wird. Angeblich führe dies zu einem höheren Rentenniveau, weil durch die längere Lebensarbeitszeit den Rentenbeziehern mehr Beitragszahler gegenüberstünden als beim Status quo. Doch wie so oft ignoriert das IW den wichtigsten Faktor: den Mensch. Eine weitere Manipulation der Regelaltersgrenze geht an der Lebens- und Arbeitswirklichkeit der Beschäftigten völlig vorbei – was einige Parteien nicht davon abhält, ebenfalls ein gesetzliches Rentenalter jenseits von 67 Jahren zu fordern.

Für die IG Metall sind bessere Versorgungsperspektiven im Alter und eine verteilungsgerechte Finanzierung die zentralen Leitlinien für eine zukunftsfeste Rentenpolitik. Bereits

2016 hat die IG Metall ein entsprechendes Konzept für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung vorgelegt und mit ihrer Rentenkampagne „Mehr Rente – Mehr Zukunft“ ihre Anforderung an die politischen Parteien adressiert. Im Zentrum der Vorschläge der IG Metall steht die Entwicklung des Niveaus der gesetzlichen Rente. Dieses muss zunächst stabilisiert und dann perspektivisch auf ein neues Sicherungsziel angehoben werden.

Betrachtet man die Wahlprogramme der Parteien, so fällt auf, dass die CDU keinen Handlungsbedarf sieht. Für Kanzlerin Merkel besteht „bis 2030 keine Notwendigkeit, das Rentensystem jetzt wieder zu verändern“ (Angela Merkel beim Tag der Deutschen Industrie 2017). Lediglich der Verbesserung privater Vorsorge wollen man sich nach der Wahl widmen und eine Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 einsetzen. Die SPD hingegen will bis 2030 eine doppelte Haltelinie ziehen: mit einem Ren-

tenniveau nicht unter dem Status quo und einem Beitragssatz nicht über 22 Prozent. Eine ‚Solidarrente‘ soll zudem gegen Altersarmut wirken. Ähnlich sieht es bei Bündnis90/Die Grünen aus: Das Rentenniveau soll nicht weiter fallen und von einer ‚Garantierrente‘ oberhalb der Grundsicherung flankiert werden. Die Linke geht noch einen Schritt weiter. Sie will das Rentenniveau auf 53 Prozent zurückführen und zudem eine ‚solidarische Mindestrente‘ von 1.050 Euro einführen. Die FDP hingegen lehnt Eingriffe in die bestehende Rentenformel ab und fordert mehr Freiraum und Rentabilität für Privatvorsorge.

### Politikfeld Gesundheit

Seit mehr als zehn Jahren zahlen Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einen höheren Beitragsanteil als die Arbeitgeber. Zwar wird seit 2015 der allgemeine Beitragssatz von 14,6 Prozent paritätisch finanziert. Die Kassen können jedoch ‚kassenindividuelle Zusatzbeiträge‘ erheben, wenn die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds die Ausgaben nicht decken. Diese treffen nur die Versicherten. Die steigenden Kosten im Gesundheitswesen führen dazu, dass inzwischen alle Kassen einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben. Diesen legt jede Kasse selbst fest. 2017 beträgt er im rechnerischen Durchschnitt 1,1 Prozent (Grafik 3). Von einem künftigen Anstieg ist auszugehen.

Auch hier liefert das IW Wahlkampfmunition für alle, die die einseitige Belastung der Versicherten aufrechterhalten wollen: „Steigende Kosten für Unternehmen dämpfen die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb müssen die Zusatzbeiträge

bleiben.“ Diese immer wieder aufgebaute Drohkulisse überzeugt nicht, schon gar nicht angesichts dauerhaft hoher Exportüberschüsse und solider Unternehmensgewinne.

Die IG Metall sieht – anders als die Arbeitgeberlobbyisten – keinen Grund, dringenden gesundheitspolitischen Reformbedarf hintanzustellen: Gute Leistungen – gerecht finanziert, das ist das Ziel der IG Metall bei Gesundheit und Pflege.

Zentrale Forderung der IG Metall ist dabei die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Kassenbeiträge. Auch bei einigen Parteien findet dies Widerhall: SPD, Linke und Grüne wollen zurück zur Parität. Die FDP sieht dagegen keinen Änderungsbedarf. Die Union formuliert lediglich, der Arbeitgeberbeitrag könne nicht unendlich festgeschrieben bleiben. Experten der Union sehen etwa eine Grenze erreicht, wenn die Zusatzbeiträge plus Steuerzuschuss zur GKV den Betrag erreichen, den die Arbeitgeber als Lohnfortzahlung bei Krankheit zahlen. Diese Verknüpfung ist jedoch falsch und führt in die Irre. Die Lohnfortzahlung hat mit dem allgemeinen Gesundheitssystem und dem sozialstaatlichen Grundprinzip der paritätischen Beitragsfinanzierung nichts zu tun.

Weitere Kernforderung der IG Metall ist die Weiterentwicklung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung, die alle Bürgerinnen und Bürger schrittweise in die ge-

## Versicherte zahlen hohe Zusatzbeiträge

Durchschnittlicher Zusatzbeitrag 1,1 %	Einkommen 3.000 € brutto	Einkommen ab 4.350 € brutto (Beitragsbemessungsgrenze)
Zusatzbelastung im Monat	33 €	48 € (gerundet)
Zusatzbelastung im Jahr	396 €	574 € (gerundet)

Grafik: IG Metall SOPOINFO Quelle: eigene Berechnung



setzliche Kranken- und Pflegeversicherung einbezieht. Separate Systeme für bestimmte Berufsgruppen werden damit abgelöst. Am Ende steht ein Solidarsystem, in das alle einzahlen und bei dem alle die gleichen guten Leistungen erhalten. Unter den Parteien wollen auch SPD, Linke und Grüne eine Bürgerversicherung. Allerdings unterscheiden sich die konkreten Bürgerversicherungskonzepte erheblich. CDU und FDP lehnen eine Bürgerversicherung demgegenüber ab.

### Fazit: Dran bleiben – Druck machen

Nicht zuletzt durch den Druck der IG Metall ist in der jüngeren Vergangenheit Bewegung in die sozial- und arbeitsmarktpolitische Debatte gekommen. Dies schlägt sich auch in den Parteiprogrammen nieder. Anknüpfungspunkte gibt es - nicht bei allen Forderungen und auch in unterschiedlichem Maße - vor allem

bei SPD, Grünen und Linken, z. B. für eine Parität und Bürgerversicherung in der Gesundheitspolitik, eine Stabilisierung des Rentenniveaus, die Abschaffung sachgrundloser Befristung und einige Verbesserungen für Arbeitslose. Andere Forderungen finden demgegenüber bisher wenig Widerhall.

Je nach Wahlausgang stehen damit die Umsetzungschancen für bestimmte Forderungen der IG Metall nicht schlecht. Denkbar sind jedoch auch politische Mehrheitsverhältnisse, bei denen ein sozial- und arbeitsmarktpolitischer Stillstand oder gar Abbau sozialstaatlicher Leistungen droht. Zudem stellt sich die Frage, inwiefern die Parteien ihre Programmatik im Fall einer Regierungsbeteiligung tatsächlich umsetzen. Für die IG Metall geht es daher darum, den öffentlichen und betrieblichen Druck weiter hoch zu halten – vor und nach der Bundestagswahl.

## Impressum

Herausgeber  
IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik  
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich  
Hans-Jürgen Urban

Redaktion  
Christoph Ehscheid, Angelika Beier, Katharina Grabetz, Stefanie Janczyk, Dirk Neumann

Gestaltung  
Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

sopoinfo@igmetall.de.

Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.